

Der Kampf gegen das leichte Geld

Banken dürfen selbst Geld in Umlauf bringen. Kippt dieses Privileg nun ausgerechnet in der Schweiz?

Norbert Häring
Frankfurt

Die großen Schweizer Banken gehören mit ihrer Bilanzsumme im Verhältnis zur Wirtschaftskraft des Heimatlandes zu den Spitzenreitern. Von den Regulierern werden sie mit höheren Eigenkapitalanforderungen belegt, als sie im übrigen Europa gelten. Einem Verein namens „Monetäre Monetisierung“ geht das nicht weit genug. Er ist Träger der sogenannten Vollgeld-Initiative und hat über ein Jahr lang Unterschriften gesammelt für eine Volksabstimmung über die Reform des Bankwesens. Nun meldet die Initiative Vollzug. Die nötigen 100 000 beglaubigten Unterschriften seien beisammen, hieß in einer Presseerklärung von Samstag.

Das Ansinnen: „Die Initiative will, dass die Nationalbank neben Münzen und Banknoten auch alles elektronische Geld erzeugt.“ Dieses Buchgeld auf Schweizer Konten werde heute von Banken geschaffen, es sei unsicher und verursache Finanzkrisen.

Banken sollen nur noch Kreditvermittler sein, die Geld von Sparern entgegennehmen und an Kreditnehmer vermitteln, aber kein Geld mehr in Umlauf bringen dürfen. Derzeit schreiben Banken, wenn sie einen Kredit vergeben, dem Kreditnehmer einen entsprechenden Betrag auf dessen Bankkonto gut. Dieses neue Geld bringt der Kreditnehmer dann in Umlauf, zum Beispiel indem er sein Bankguthaben zur Bezahlung von Rechnungen verwendet.

Wenn es nach der Vollgeld-Initiative geht, soll das künftig nicht mehr möglich sein. Die Guthaben der Kunden auf Zahlungsverkehrskonten wären rechtlich kein Kredit an die Bank mehr, sondern würden Eigentum des Einlegers bleiben und

von der Bank nur verwaltet werden, wie Fondsanteile bei einer Fondsgesellschaft. Dann wären sie im Konkursfall sicher, und der Zahlungsverkehr drohte nicht mehr bei jeder größeren Bankenpleite zusammenzubrechen. Banken müssten nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden, so die Verheißung. Praktisch würde das so bewerkstelligt, dass die Banken die Einlagen auf Zahlungsverkehrskonten zu 100 Prozent durch Bargeldreserven oder entsprechende Guthaben bei der Zentralbank decken müssten. „Von Gewinnen durch das Erzeugen von neuem Geld profitieren in einem Vollgeld-System die Steuerzahler“, preist die Initiative ihr Modell an – das bei den Banken, die bisher vom Geldschöpfungsgewinn profitieren, auf wenig Gegenliebe stößt. Nach

den Vorstellungen der Initiative würde neues Geld entweder durch eine jährliche Bürgerdividende oder durch eine Ausschüttung an den Staat in Umlauf gebracht. Hauptvorteil sei jedoch, dass es weniger zu Kreditblasen und nachfolgenden Finanzkrisen kommen werde.

Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die Vollgeld-Idee in mehreren Ländern auf die politische Agenda gekommen. Am weitesten geht das bisher in Island, wo in der Krise drei riesenhafte international agierende Megabanken zusammenbrachen. In keinem anderen Land werden die verantwortlichen Banker so hart angefasst wie in Island, wo viele Spitzenmanager der gescheiterten Banken zu hohen Haftstrafen verurteilt worden sind.

Im Auftrag der isländischen Regie-

rung hat der Ökonom und Parlamentarier Frosti Sigurjonsson ein neues Geldsystem entworfen, das in Richtung Vollgeld geht. Eine Gruppe von elf Parlamentariern aus fünf Parteien hat auf Grundlage dieses Berichts die Einsetzung eines Parlamentsausschusses zur Umsetzung dieser Vorschläge beantragt.

In den Niederlanden fand am 14. Oktober eine Anhörung zu einer Vollgeldreform im Parlament statt. Eine ähnliche Debatte gab es 2014 im britischen Unterhaus.

Erwartungsgemäß ist das Schweizer Finanzestablishment wenig amüsiert über die Initiative. Das vor allem von den großen Finanzinstituten und sonstigen Kapitalgesellschaften getragene Forschungsinstitut Avenir Suisse konterte mit Analysen und Meinungsbeiträgen, die vor Gefahren einer solchen Reform warnen.

„Im Grunde genommen wollen die Schweizer Vollgeld-Initianten den Kapitalismus nicht verbessern, sondern mit ihrer ‚Reform‘ den ersten Schritt zu dessen Überwindung machen. Nur sagen sie das nicht offen“, kritisierte etwa Rudolf Walser von Avenir Suisse in einem Medienbeitrag, und zusammen mit dem emeritierten Ökonomeprofessor Jörg Baumberger warnte er vor unabherrschbaren Konsequenzen einer solch drastischen Reform.

Der Chef der Schweizer Notenbank, Thomas Jordan schloss sich diesem Urteil an: Er nannte die Vollgeldidee „konzeptionell in gewisser Hinsicht interessant“. Seine Zurückhaltung nähre sich aber einerseits aus erheblichen Zweifeln am erhofften Nutzen, andererseits wäre die Einführung von Vollgeld „ein gigantisches Experiment“. Kritisch äußerte sich auch die niederländische Notenbank in ihrer Stellungnahme zur Anhörung im Parlament.

Da Wirtschaftsverbände und politische Parteien der Schweiz die Vollgeld-Initiative ablehnen, sind die Erfolgsaussichten eines Referendums eher fraglich.

100 000

Unterschriften müssen in der Schweiz für eine Volksabstimmung gesammelt werden.

Quelle: Art. 138 der Bundesverfassung



Paradeplatz in Zürich:
Hier residieren die mächtigen Schweizer Großbanken.

ZAHLUNGSMITTEL

100-prozentige Deckung

Zwei Schulen der Ökonomie streiten seit knapp 200 Jahren über die Geldschöpfung durch private Banken.

Der klassische Ökonom David Ricardo schlug Anfang des 19. Jahrhunderts vor, dass Banknoten als auch Guthaben bei Banken zu 100 Prozent durch Gold gedeckt sein sollten. Der britische Bank Charter Act (1844) setzte das nur für Banknoten um, die von privaten Geschäftsbanken ausgegeben wurden. Bankguthaben wurden nicht eingeschlossen. Das ermöglichte den Banken, sich auf die Geldschöpfung durch Buchgeld zu verlassen. Dem wurde immer mehr Zahlungsfunktionen gegeben. In den USA waren Gesetzgebung und Reaktion der Banken ganz ähnlich.

In der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre forderten Henry Simons und Irving Fisher und damit zwei der renommiertesten Ökono-

men, Bankguthaben voll mit Zentralbankgeld zu decken, was die Geldschöpfungsgewalt allein der Zentralbank gegeben hätte. Die Banken wehrten sich und stattdessen wurde eine Trennung von Einlagebanken und Investmentbanken beschlossen.

Unter den Ökonomen streiten in Sachen Vollgeld seit jeher eine „Currency“-Schule, der die Befürworter in der Regel angehören, mit der „Banking“-Schule. Erstere sind der Ansicht, das Geldwesen müsse eine staatliche Veranstaltung sein. Sie wollen das Volumen des umlaufenden Geldes unabhängig davon machen, wie viel Kredit die Banken geben. Die Gegner betonen die Vorteile eines Bankensystems, das flexibel in der Lage ist, die schwankende Nachfrage nach Zahlungs-

mitteln zu bedienen.

Charles Goodhart ist einer der renommiertesten Geldtheoretiker. In einem aktuellen Beitrag mit Meinhard Jensen für die Online-Fachzeitschrift „Economic Thought“ kritisiert er den Vollgeld-Vorschlag. Die scheinbare Einfachheit des Systems täusche, denn es gebe ein Kontinuum von Bankeinlagen. „Es gibt keinen breiten Abstand zwischen Zahlungsmitteln und Nicht-Zahlungsmitteln“, betont er. Wenn man diesen künstlich postuliere, werde die Bankbranche Einlageformen schaffen, die als Quasi-Zahlungsmittel fungieren könnten, ohne als solche klassifiziert zu sein.

Michael Kumhof, wissenschaftlicher Leiter der Forschungsabteilung der Bank von England, ist Be-



Die Regierung dürfte Zahlungen nur noch in Form der gesetzlichen, voll gedeckten Zahlungsmittel akzeptieren.

Michael Kumhof
Wissenschaftlicher Leiter der
Forschungsabteilung der Bank von
England

fürworter der Vollgeld-Reform. Er erwidert auf Anfrage des Handelsblatts Goodharts Einwand mit einer Liste möglicher Maßnahmen, um die klare Trennung durchzusetzen. Die Regierung dürfe Zahlungen nur noch in Form der gesetzlichen, voll gedeckten Zahlungsmittel akzeptieren, ist eine davon. Einen Einlagenschutz für nicht gedeckte Einlagen dürfe es nicht geben. Die steuerliche Begünstigung von Fremdkapital sei zu beenden, stattdessen der Einsatz von Eigenkapital zu begünstigen. Die Banken dürften Kredite nur noch mit Eigenkapital oder Krediten gleicher Fristigkeit refinanzieren, und die Nutzung anderer Zahlungsmittel als der gesetzlichen könne schlicht untersagt werden. Norbert Häring